

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

SPD-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 17/0110-01

Status: öffentlich

Datum: 02.02.2017

Umstellung des Mülheimer Straßenbahnnetzes auf das Meterspur-System

Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.02.2017 zur Sitzung am 14.02.2017

Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den betroffenen Verkehrsgesellschaften MVG, EVAG und DVG zu prüfen, zu welchen Kosten und in welchem Zeitraum die Normalspur- bzw. Stadtbahnstrecken auf Mülheimer Stadtgebiet auf Meterspur-System umgestellt werden könnten.

Dabei sind insbesondere folgende Varianten und Aspekte zu prüfen und im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen (inklusive eventuell notwendiger Rückzahlungen von Fördermitteln) zu vergleichen:

1. Normalspurige Niederflurstraßenbahn in der Verbindung Essen – Mülheim – Duisburg (Verknüpfung der heutigen Linien 901 und U 18)
2. Meterspurige Niederflurstraßenbahn (NF 2) in der Verbindung Essen – Mülheim – (a.) Hochschule-Ruhr-West und (b.) Zoo/Uni
3. Verlängerung der U 18 als Stadtbahn bis Hochschule Ruhr West

- Ist ein niederfluriger Straßenbahnbetrieb im Tunnel zwischen Hauptbahnhof und Heißen sowie im Bereich Eichbaum durch Aufschotterung möglich oder nur durch Absenkung der Bahnsteige?
- Welche Umbauten (Gleise, Weichen, Bahnsteige, etc.) im Ruhrtunnel und auf der Duisburger Straße sind notwendig, um die Stadtbahn bis zur HRW zu verlängern?
- In welcher Anzahl wären für die verschiedenen Varianten neue Stadtbahn- bzw. Straßenbahnfahrzeuge notwendig und mit welchen unterschiedlichen Kosten auch im Hinblick auf eine Förderung ist dabei zu rechnen?

- Wann muss spätestens eine Entscheidung über den Kauf neuer Stadtbahnfahrzeuge entschieden werden bzw. im Vorgriff darauf über eine Systemumstellung?
- Inwieweit ist eine Umspurung der heutigen Stadtbahnlinie U18 z.B. im Kontext des gemäß aktuellem Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Ausbaus der A40 auf sechs Spuren zwischen dem AK Kaiserberg und Innentadtunnel Essen in die dazu laufenden Planungen integrierbar?
- Welche Möglichkeiten einer anteiligen Finanzierung der Umspurung durch Bund oder Land ergeben sich, wenn eine Integration einer solchen Maßnahme in den Autobahnausbau gelänge?

Sachverhalt:

In der Nachbarstadt Essen, mit der Mülheim bekanntlich in naher Zukunft eine gemeinsame Nahverkehrsgesellschaft zu gründen gedenkt, wird derzeit über die Aufgabe aller alternativen Spurweiten zugunsten eines einheitlichen Meterspur-Systems diskutiert. Diese Idee schüfe bei erfolgreicher Umsetzung ein einheitlich zu befahrendes Schienennetz von Oberhausen bis Witten und Hattingen, womit erhebliche Synergiepotenziale verbunden wären. Zugleich reduzierten sich die Betriebskosten für die neue, gemeinsame Verkehrsgesellschaft für Mülheim und Essen, weil Technik, Infrastruktur und Fahrzeugpark nur noch für ein System vorzuhalten wäre.

Aus diesen Erwägungen heraus scheint es dringend geboten, die oben skizzierte Frage zeitnah zu prüfen und zu entscheiden, da ansonsten z.B. eine in absehbarer Zukunft anstehende Anschaffung neuer Fahrzeuge für die Stadtbahnlinie U18 (und weitere Linien in Essen) zwangsläufig ein mittelfristiges Festhalten an den alternativen Spurweiten präjudizierte. Zudem scheint die Gelegenheit günstig, weil der jüngst verabschiedete Bundesverkehrswegeplan den sechsspürigen Ausbau der A40 zwischen Kreuz Kaiserberg und Innentadtunnel in Essen vorsieht. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit einer Überplanung und schließlich eines Umbaus der Trassenführung der U18 in diesem Bereich ergibt. Bei der Umsetzung einer solchen Maßnahme wäre durchaus mit der Bereitstellung von Bundesmitteln in nennenswerter Höhe zu rechnen.

Der vorliegende Antrag ersetzt die Drucksache A 17/0053-01 vom 18.01.2017.

gez. Dieter Wiechering gez. Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender Fraktionssprecher

Anlagen: